

Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programms oder klickt [hier](#) für die Online-Version.

Rundbrief Christine Buchholz, MdB | Dezember 2014

Afghanistan, Mali, Irak – Nein zum Krieg und den Einsätzen der Bundeswehr!
Flüchtlinge willkommen – Nein zu rechter Hetze und Gewalt!

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Vor 100 Jahren stimmte Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen den Krieg. Dem fühle ich mich mit der LINKEN verpflichtet. Und so hat das Nein zum Krieg und zu Rüstung meine Arbeit in den letzten Monaten wieder stark bestimmt. Besonders will ich auf meine Erfahrung aus Mali aufmerksam machen, wo ich Ende November für eine Woche war.

Die Rassisten und Faschisten, die sich unter Schlagworten wie ‚Hogesa‘ oder ‚Kagida‘ sammeln, sind auch in Hessen aktiv. Toll, dass es in Kassel gelungen ist, Ihre Demonstration zu blockieren. Flüchtlinge willkommen zu heißen und Rassismus entgegenzutreten, wird eine wichtige Aufgabe für LINKE auch im Neuen Jahr werden.

Ich bedanke mich bei den vielen Aktiven in Hessen für die gute Zusammenarbeit und wünsche allen eine erholsame Weihnachtspause.

Eure/Ihre Christine Buchholz



Afghanistan: Internationaler Kampfeinsatz geht 2015 weiter

Die Bundesregierung hat dem Bundestag am 5. Dezember einen Antrag vorgelegt, der die Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Militärmission „Resolute Support“ in Afghanistan vorsieht. Dieses Mandat soll ab 2015 den US-geführten ISAF-Einsatz ersetzen, im Rahmen dessen Deutschland seit 2002 mit Soldaten am Hindukusch präsent war. Die Bundesregierung erweckt den Eindruck, als werde der Kampfeinsatz nun durch eine Ausbildungsmission abgelöst. Das ist irreführend. Nur ein Zehntel der ausländischen Truppen werden Ausbilder sein. US-Truppen führen weiter Kampfoperationen durch. Und auch die Bundeswehr sollen afghanische Streitkräfte in Gefechten unterstützen. In meiner [Rede](#) habe ich begründet, warum DIE LINKE diesem Einsatz niemals zustimmen wird.

Mali: Nicht nur Elend, sondern Widerstand

Im November habe ich eine Dienstreise nach Mali unternommen, um mir vor Ort ein Bild über die sozialen und politischen Rahmenbedingungen zu verschaffen, in deren Kontext drei internationale militärische Missionen durchgeführt werden, zwei mit direkter Beteiligung durch die Bundeswehr. Ich traf zahlreiche Vertreterinnen und Vertretern linker Parteien und Bewegungen aus Mali und anderen westafrikanischen Staaten. Darüber hinaus ich mit lokalen Gewerkschaften und Initiativen, sowie zwei malische Ministern und deutschen Soldaten der Ausbildungsmission EUTM MALI. Eine Auswertung findet ihr [hier](#).



Bundesregierung treibt Bundeswehr in den dritten Irak-Krieg hinein

Seit August bombardiert eine US-geführte Koalition Gebiete im Irak im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Im September weitete die USA ihre Angriffe auf Syrien mit Kampffjets und Kampfdrohnen aus. Bisläng mit wenig Erfolg: Der IS konnte tausende neue Kämpfer rekrutieren, während die Zahl der zivilen Opfer steigt.

Die Große Koalition hat diese Situation genutzt, um Deutschland auch an diesem Krieg zu beteiligen. Erst schickte sie einige Tonnen Militärgüter an die mit den USA verbündeten Peschmerga, dann folgten Bundeswehrausbilder. Anders als in den ersten beiden Irakkriegen 1991 und 2003 wird die Bundeswehr in den dritten Irakkrieg verwickelt, ohne dass ein Ende dieses Konflikts abzusehen wäre.

Die Bundesregierung hat erst das Leid der Jesiden, dann die Kurden instrumentalisiert, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Doch während die syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) gegen den IS, um die Stadt Kobane zu verteidigen, hält die Bundesregierung an der Kriminalisierung der mit den YPG verbündeten PKK fest. Zu dieser heuchlerischen Politik habe ich im Oktober eine Stellungnahme verfasst, die ihr [hier](#) nachlesen könnt

Von der Leyen bedient weiter Profitinteressen der Rüstungsindustrie

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat neun große Rüstungsvorhaben durch externe Wirtschaftsprüfer untersuchen lassen. Ziel soll es sein, die ausufernden Kosten und Mängel im Beschaffungswesen der Bundeswehr aufzuräumen. Doch in der Konsequenz hat die Ministerin nur noch mehr Geld gefordert. Unter anderem hat sie den Wiedereinstieg in das Milliardengrab Eurohawk verkündet. In meiner [Rede](#) im Bundestag habe ich erklärt, dass diese Politik das Ergebnis der engen, interessegeleiteten Verzahnung zwischen Rüstungsindustrie und Bundesregierung ist.

Hessen

Kein Platz für Rassismus gegen Flüchtlinge und Muslime

In Kassel sollte am 1.12. eine Demo unter dem Motto "Kasseler gegen Islamisierung des Abendlandes" stattfinden, die von NPD, AFD und anderen Gruppen beworben wurde. Einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern, LINKE und vielen anderen, die gemeinsam gegen die Rechten demonstriert haben, ist es zu verdanken, dass der rechte Aufmarsch blockiert werden konnte und abgesagt wurde. [Hier](#) könnt Ihr mein Grußwort an die Kundgebung lesen.

Die Frankfurter CDU und CDU-Vize Julia Klöckner fordern unterdessen ein Burka-Verbot. Dies ist ein durchsichtiges rassistisches Manöver. Sie stellen sich damit an die Spitze der Stimmungsmache gegen Muslime. [Hier](#) meine Pressemitteilung.

Im Oktober hatte ich die Gelegenheit für zwei spannende Gespräche mit Muslimischen Verbänden in Hessen. Zum einen traf ich den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Hessen, Abdassamad El Yazidi, in der Tarik ben Ziad Moschee in Frankfurt. Er und der Gemeindevorstand und Imam Cheikh Mubarak sprachen mit mir über die Situation von Muslimen in Hessen. Sie berichteten von mehreren Vorfällen, in denen Gemeindeglieder vorverurteilt, diskriminiert oder angegriffen wurden. Im Anschluss wurde ich zum Abendgebet eingeladen.

Ein weiteres Gespräch führte ich mit Ramazan Kuruyüz von der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen e.V.. Beide Verbände forderten, stärker in politische und gesellschaftliche Debatten mit einbezogen zu werden z. B. wenn es um die Radikalisierung von jungen Muslimen geht. Allzu oft werden die muslimischen Gemeinden und Verbände übergangen.



Demokratie statt Überwachung

Am 3. 12. war ich beim Bündnis „[Demokratie statt Überwachung](#)“ in Darmstadt zu Gast. Ich habe dort über die Beschaffung von Kampfdrohnen in Deutschland und die Verbindung des US-Drohnenkriegs mit einzelnen Basen in Deutschland, wie dem Dagger-Komplex nahe Darmstadt gesprochen. Das Darmstädter Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ engagiert seit Beginn des Jahres zu Fragen rund um das Thema Überwachung und veranstaltet regelmäßige Protestspaziergänge zum Dagger-Komplex. Wir haben vereinbart im neuen Jahr enger zusammenzuarbeiten um sowohl dem Überwachungswahn als auch dem Drohnen unseren Protest entgegen zu setzen.

Angebot Veranstaltungen in Kreisverbänden

In Kreisverbänden der LINKEN würde ich auch im nächsten Jahr gerne wieder verschiedene Veranstaltungen anbieten. Vorschläge für Themen dieser Veranstaltungen wären zum Beispiel:

- 1) Was macht die Bundeswehr in Afrika? Bericht von Reise nach Mali
- 2) Deutschland und der Krieg in Syrien und Irak - Welche Antworten hat die Linke?
- 3) Deutschland und der Drohnenkrieg
- 4) Die Neue Bundeswehr - Image und Realität (ggf. mit Ausstellung)
- 5) Rüstungsexporte stoppen (gerne mit Rüstungslobbyisten)
- 6) Feindbild Islam und was wir dagegen tun können / Antimuslimischer Rassismus
- 7) TTIP, Blockupy
- 8) Veranstaltungen zur bundesweiten Kampagne der LINKEN „Das muss drin sein“

Die Veranstaltungen können auch zu Themen stattfinden die gerade im Kreis(verband) aktuell sind, das können wir individuell besprechen. Gerne beteilige ich mich auch an Aktionen und weiteren Aktivitäten in den Kreisverbänden.

Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:

Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
Natalie Dreibus
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Heidmarie Scheuch-Paschkewitz
heide.scheuch@yahoo.de
Tel.: 06691 – 2204630

Taunusstraße 2, 63067 Offenbach
Lisa Hofmann
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:
christine.buchholz@bundestag.de
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im Internet unter: www.christinebuchholz.de
oder auf Facebook: [facebook.com/buchholz.christine](https://www.facebook.com/buchholz.christine)

Unter <http://christinebuchholz.de/feed/> könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.
Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an christine.buchholz@bundestag.de mit dem Betreff "Verteiler"